

Presseerklärung

Kundgebung gegen rassistische Hetze von Nazis am Sonntag, 28.02.2016

Das Bündnis gegen Rechts (BgR) Neumünster und die Türkische Gemeinde in Neumünster e.V. rufen am Sonntag, **28. Februar 2016, um fünf vor zwölf**, auf dem Großflecken, zu einer Kundgebung auf, um der von einem neonazistischen Zusammenschluss „Neumünster wehrt sich“ angemeldeten Veranstaltung auf dem Großflecken entgegenzutreten.

Die Kundgebung steht unter dem Motto:

Neumünster: Ein Platz für Flüchtlinge. Kein Platz für Nazis! - Let's do it again!

Bisher haben sich die folgenden Redner angekündigt: Frank Hornschu DGB Nord; Kirsten Eickhoff-Weber MdL SPD; Angelika Beer MdL Piraten; Gösta Beutin Die Linke; Tufan Kiroglu Türkische Gemeinde Neumünster; Dr. Heinrich Wadle Bündnis gegen Rechts NMS.

Wir treten gegen jede Form rassistischer Stimmungsmache, gegen weitere Verschärfungen des Asylrechts und gegen PEGIDA, Alfa, AfD und NPD ein und wollen den Nazis nicht den Raum für ihre menschenverachtende und verlogene Politik überlassen.

Nazilügen

Die Verlogenheit ihrer rechten Hetze haben sie am 16. 1. dieses Jahres demonstriert:

Es wurde ins Internet gestellt, dass ein rechter Demonstrant von Linken auf dem Neumünsteraner Hauptbahnhof erschlagen worden sei. Diese Meldung war frei erfunden! Die Polizei konnte auch nach sorgfältiger und langer Suche keine Hinweise finden. Es wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Vortäuschens einer Straftat eingeleitet.

Solche miesen Lügen sind der Stoff der braunen Hetztiraden. Gezwungenermaßen wurde diese Falschmeldung von der einen Website genommen, es wird jedoch perfiderweise darauf vertraut, dass solche Lügen weiter im Netz kursieren.

Diese widerliche Angsthetze hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Zahl der gegen Flüchtlinge und Unterkünfte begangenen Gewalttaten von 2011 bis 2015 auf das 50-fache gestiegen ist (Statistik BKA). Das ist übrigens die einzige Kriminalität, die signifikant angestiegen ist.

Die im Bündnis gegen Rechts zusammengeschlossenen Verbände, Gewerkschaften, Organisationen, Parteien und Einzelpersonen sehen mit Sorge einen Wandel des politischen Klimas. Die aus der Angst vor sozialem Abstieg entstehende Wut wird von Rechtspopulisten in rassistische Bahnen gelenkt. Sündenböcke werden aufgebaut. Die Hetze „besorgter Bürger“ wird von Teilen der Politik aufgegriffen und befeuert. Einheimische Arbeitnehmer-innen befürchten, dass Flüchtlinge gegen sie als Niedriglöhner ausgespielt zu werden. Sie sollten sich nicht gegeneinander ausspielen lassen, sondern gemeinsam für bessere Bedingungen kämpfen!

Wir treten für eine weltoffene, sozial gerechte und demokratische Gesellschaft ein.

**Für Fragen steht zur Verfügung und ist auf der Kundgebung erreichbar:
Dr. Heiner Wadle, Handy-Nummer: 0172-411 39 33**